

*Neu Nidwalden Freitag, 30. 11. 2015*

# Grüne bringen zwei Referenden durch

**NIDWALDEN** Die Stimmbürger sagen zweimal Nein und zweimal Ja. Nicht sparen wollen sie bei den Familien und den Schwächsten.

mu. Das Resultat war deutlich. Fast 70 Prozent der Nidwaldner, die gestern an die Urne gingen, wehrten sich dagegen, dass bei den persönlichen Auslagen jener Bezüger von Ergänzungsleistungen, die in einem Heim leben, der Rotstift angesetzt werden soll. Weiter sprachen sich 57,9 Prozent gegen ein Schulgeld für die Mittelschule und Brückenangebote aus.

Auf Zustimmung stiessen hingegen mit gut 60 Prozent Ja die Streichung der Übergangsrente bei der Pensionskasse des Kantons sowie mit 56,6 Prozent Ja die Begrenzung des Fahrtkostenabzugs in der Steuererklärung auf 6000 Franken



**«Der Entscheid hilft uns, damit wir auf dem eingeschlagenen Weg weitermachen können.»**

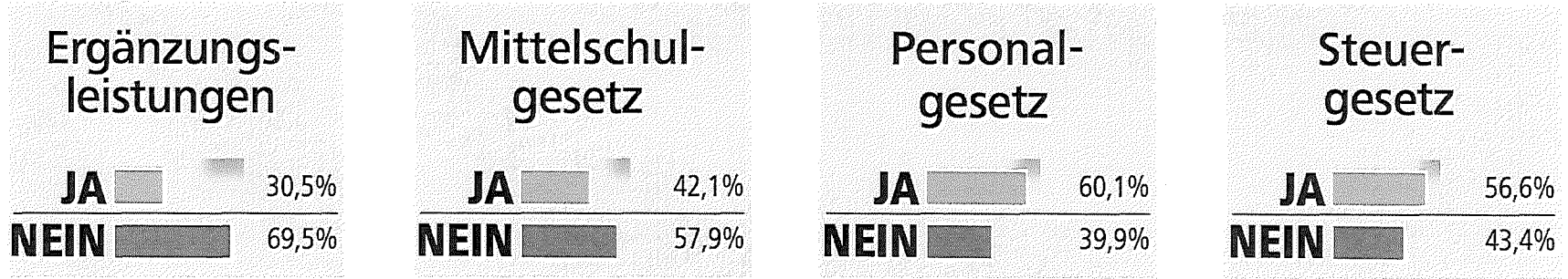
ALFRED BOSSARD,  
FINANZDIREKTOR

pro Jahr. Letzterer ist mit Mehreinnahmen von 750 000 Franken beim Kanton und 620 000 Franken für die Gemeinden der grösste Brocken eines Sparpakets von acht Gesetzesänderungen, dem der Landrat im Frühling zugestimmt hat. Gestern stimmten die Nidwaldner über die Referenden gegen vier der Vorlagen ab.

## **Auch die Einnahmenseite anschauen**

Der Regierungsrat nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das Stimmvolk den Überlegungen der Regierung und der Mehrheit des Landrats zumindest teilweise gefolgt sei, sagte Finanzdirektor Alfred Bossard gestern in Stans. «Der Entscheid hilft uns, damit wir auf dem eingeschlagenen Weg weitermachen können», hielt er fest.

Die Grünen Nidwalden, die mit zwei ihrer drei Referenden erfolgreich waren, zeigten sich sehr zufrieden mit dem Resultat. Jetzt müsse man auch die Einnahmenseite anschauen. In die gleiche Kerbe schlug die SP.



# Nein zu zwei Sparvorlagen

**NIDWALDEN** Vier Referenden standen zur Abstimmung. Zwei waren erfolgreich. Die Stimmbürger verhinderten, dass bei den Familien und Schwächsten gespart wird.

MARTIN UEBELHART  
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Vier Sparvorlagen kamen gestern in Nidwalden an die Urne. Das Nidwaldner Stimmvolk sagte zweimal Ja - zum Pendlerabzug und zur Aufhebung der Übergangsrente bei der kantonalen Pensionskasse - und zweimal Nein - zum Schulgeld für die Mittelschule und zur Senkung der persönlichen Auslagen für Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) in Heimen.

Die insgesamt acht Sparvorlagen, zu denen der Landrat im Frühling ja gesagt hatte, sollten die Kantonsfinanzen um jährlich rund 3 Millionen Franken entlasten. Mit der gestrigen Abstimmung wird es eine knappe halbe Million weniger sein.

## «Druck noch zu wenig gross»

Der Regierungsrat nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das Stimmvolk den Überlegungen der Regierung und der Mehrheit des Landrats zumindest teilweise gefolgt sei, sagte Finanzdirektor Alfred Bossard gestern in Stans. «Der Entscheid hilft uns, dass wir auf dem eingeschlagenen Weg weitermachen können», hielt er an einer Medienkonferenz fest. Und dass eine Erhöhung des Steuerfusses möglichst spät gemacht werden könne, wenn sie notwendig werde. «Vielleicht ist der Druck in Nidwalden noch zu wenig gross», sagte er mit Blick auf die unterschiedlichen Ergebnisse.

Das Resultat bei der Übergangsrente stütze die Überlegungen der Regierung, dass es in der heutigen Zeit falsch sei, dass der Arbeitnehmer selber entscheiden könne, wann er in Pension gehen wolle, und der Arbeitgeber das bezahle.

Der Pendlerabzug sei der grösste Posten im Sparpaket, und die Regierung sei nach wie vor der Meinung, dass die Begrenzung auf 6000 Franken gemacht werden soll.

Bossard sagte beim Referendum zum Schulgeld, dass es wohl nur sehr wenige Familien gebe, die ihre Kinder wegen der 500 Franken nicht ins Gymnasium schicken könnten. «Wir nehmen zur Kenntnis, dass man bei der Bildung und



Ein Schulgeld fürs Kollegi wird es nicht geben, Pendler hingegen können nur noch 6000 Franken Fahrtkosten geltend machen.  
Bilder Archiv Neue NZ

der Familie nicht sparen will.» Die Kürzung der persönlichen Auslagen sei das schwierigste Thema gewesen. Das Resultat mit knapp 70 Prozent Nein zeige, dass man die Schwachen nicht noch schwächer machen soll.

## Auch auf Einnahmenseite schauen

Leo Amstutz, der Präsident der Grünen Nidwalden, die drei der vier Referenden ergriffen hatten, zeigte sich sehr zufrieden über den Ausgang der Abstimmungen. «Das ist ein Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann», hielt er fest. Man könne nicht mehr hoffen, die Steuererhöhung zu verhindern, jetzt müsse man auch auf die Einnahmenseite schauen. Beim Nein zum Schulgeld habe wohl die zusätzliche Belastung für Familien eine Rolle gespielt. Amstutz räumte ein, dass das Nein zur Kürzung der persönlichen Auslagen bei den EL einen Begleitschaden habe: Abgelehnt wurde damit auch eine Neuregelung des Vermögensverzehr, den die Grünen begrüssen.

Auch SP-Präsident Beat Ettlil hielt fest, man komme nicht mehr darum herum, die Einnahmenseite anzuschauen und die Steuerpolitik zu überdenken.

Wäli Kammermann vom Referendumskomitee gegen die Begrenzung des Pendlerabzugs war ein wenig enttäuscht vom Resultat. Gleichzeitig hätten sie mit Blick auf das Ergebnis nicht alles falsch gemacht. Er sei stolz auf das politische System, dass es ihm und Thomas Bosshard ermöglicht habe, diese Frage dem Stimmvolk zu unterbreiten. Und er erhielt vom Finanzdirektor das Versprechen, dass die Grenze von 6000 Franken nicht bei einem allfälligen weiteren Sparpaket wieder in Frage gestellt werde.

Insgesamt dürfe man mit der Abstimmung zufrieden sein, sagte FDP-Präsident Ruedi Waser gestern. Doch müsse man sich bewusst sein, dass der Anteil des Kantons an den EL-Leistungen zu nehmen werde.

Christoph Keller von der SVP räumte ein, dass die Kürzungen bei der EL die schwierigste und unschönste Massnahme gewesen sei. «Das Volk hat hier korrigiert, damit kann ich gut leben.»

Gleich zu 100 Prozent zufrieden bezeichnete sich CVP-Präsidentin Therese Rotzer, entspreche doch das Ergebnis genau den Parolen der kantonalen Delegiertenversammlung. «Die Nidwaldner wollen nicht zu Lasten der Schwächsten und der Familie sparen», hielt sie fest. Das müsse als Stossrichtung für die kantonale Politik gelten: «Auf Sparkurs bleiben, aber das Augenmass nicht verlieren.»

## KOMMENTAR



Martin Uebelhart zu den Referendumsabstimmungen in Nidwalden

## Sparen nicht um jeden Preis

Als ein Sparpaket haben Regierung und Parlament im Frühling acht Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Mit deutlichen Mehrheiten hatte der Landrat den Massnahmen zugestimmt.

Mit den Referenden der Nidwaldner Grünen und eines zweiköpfigen Referendumskomitees wurde das Paket aufgeschnürt. Und das Stimmvolk hat sich die einzelnen Teile genau angeschaut und sehr differenziert entschieden. Gespart werden soll nicht um jeden Preis.

Solidarisch zeigen sich die Stimmbürger mit den Schwächsten der Gesellschaft, zu denen die Bezüger von Ergänzungsleistungen zweifellos gehören. Nach dem deutlichen Ergebnis mit fast 70 Prozent Nein wird das Geld für ihre persönlichen Auslagen nicht gekürzt.

Gespielt hat die Solidarität auch bei den Familien. Ein Schulgeld fürs Kollegi findet eine Mehrheit keine gute Idee und setzt damit auch ein Zeichen für die Chancengleichheit in der Bildung.

Die Begrenzung des Pendlerabzugs auf 6000 Franken scheint für die Nidwaldner ein annehmbarer Kompromiss zu sein. Der Blick auf andere Kantone zeigt, dass die Grenze auch tiefer angesetzt werden könnte.

martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

## So stimmten die Gemeinden über die vier kantonalen Vorlagen ab

	Teilrevision Ergänzungsleistungsgesetz (pers. Auslagen)		Teilrevision Mittelschulgesetz (Schulgeld Kollegi)		Teilrevision Personalgesetz (Übergangsrente)		Teilrevision Steuergesetz (Fahrtkostenabzug)	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Beckenried	278	639	368	550	539	377	465	458
Buochs	471	944	651	774	861	556	824	593
Dallenwil	154	332	225	266	311	175	290	197
Emmetten	92	217	141	167	182	127	142	168
Ennetbürgen	382	921	575	742	840	479	718	597
Ennetmoos	141	329	195	269	288	176	246	222
Hergiswil	514	874	642	747	909	480	809	587
Oberdorf	259	645	380	536	536	371	522	394
Stans	650	1706	885	1511	1347	1031	1504	895
Stansstad	350	833	490	695	707	477	631	561
Wolfenschiessen	119	328	192	268	221	221	232	223
<b>Total</b>	<b>3410</b>	<b>7768</b>	<b>4744</b>	<b>6525</b>	<b>6741</b>	<b>4470</b>	<b>6383</b>	<b>4895</b>
Stimmbeteiligung	37,57%		37,66%		37,58%		37,65%	



«Vielleicht ist der Druck in Nidwalden noch zu wenig gross.»

ALFRED BOSSARD, FINANZDIREKTOR



«Das ist ein Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann.»

LEO AMSTUTZ, PRÄSIDENT GRÜNE NIDWALDEN